

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation: EVP Schweiz, Nägeligasse 9, Postfach 294, 3000 Bern 7, www.evppev.ch

Für Rückfragen: Niklaus Hari, Leiter Kommunikation, 079 202 72 27, niklaus.hari@evppev.ch

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen.....	2
Kernenergiegesetz.....	4
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	5
Energieeffizienz	6
Gebäude	6
Mobilität.....	8
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	9
Industrie und Dienstleistungen	10
Erneuerbare Energien	11
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht.....	12
Einspeisevergütungssystem	13
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	15
Netzzuschlag.....	16
Fossile Kraftwerke	17
Netze	18

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Die EVP unterstützt die Energiestrategie 2050.** Die Vorlage ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und legt eine gute Basis für die Energiewende in der Schweiz. Unsere Volkswirtschaft muss strategisch auf die Ressourcen- und Energieeffizienz ausgerichtet werden. Der Umbau der Energieversorgung verringert die Abhängigkeit der Schweiz von Energielieferungen aus dem Ausland, verlagert Wertschöpfung vom Ausland ins Inland und sichert der Schweizer Wirtschaft in einer zukunftssträchtigen Branche Standortvorteile. Dazu ist Planungssicherheit von grösster Wichtigkeit: Je klarer der Weg feststeht, desto mehr Mitwirkung kann vom privaten Sektor erwartet werden.

Grundsätzliche Bemerkungen und Hauptforderungen

- Die Energiestrategie des Bundes muss die Vision der **2000-Watt-Gesellschaft** zur Grundlage haben. Die Verbrauchs- und Reduktionsziele müssen entsprechend ambitioniert formuliert werden.
- Die Politik darf den Betreibern nicht vorschreiben, welche Anlagen sie zu bauen haben. Es geht nicht in erster Linie darum, Zubauziele für einzelne Technologien zu definieren, sondern die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass – auch durch den Markt – erstens mehr **Energieeffizienz und –suffizienz** erreicht wird und zweitens die **Substitution** von nicht erneuerbaren durch erneuerbare Energien.
- Eine Gefahr liegt in der **langen Frist bis 2050**. Es ist zu befürchten, dass unbequeme Massnahmen zu lange aufgeschoben werden.
- Die Einhaltung der Klimaziele und der Atomausstieg dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Schweiz muss eine Energieversorgung anstreben, welche das international anerkannte Ziel einer maximalen Erwärmung von 2°C einhalten kann. Die EVP fordert dazu ein **verbindliches Klimaziel** von max. 1 Tonne CO₂-Äquivalente pro Kopf bis 2050 (im Wissen, dass dies ambitioniert ist, jedoch entsprechend den Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft).
- Die EVP fordert die **Einführung einer Stromlenkungsabgabe** bereits heute und nicht erst im Rahmen der für 2020 in Aussicht gestellten allgemeinen Energieabgabe.
- Aus naheliegenden Gründen legt das vorliegende Massnahmenpaket den Schwerpunkt zu sehr im Strombereich und **vernachlässigt den Verbrauch von fossilen Energien** (insbesondere im Bereich Mobilität).
- **Solarstrom und Solarwärme müssen grundsätzlich gleich behandelt** werden. Aktuell werden via KEV Solarstrom-Projekte subventioniert, Solarwärme jedoch nicht. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung, die zwangsläufig zu Ineffizienzen führt.

Würdigung der Vorlage: Die EVP unterstützt insbesondere

- die Einführung einer **Energieabgabe** ab 2020 (im Rahmen einer ökologischen Steuerreform und unter Ablösung des KEV-Zuschlags und der CO₂-Abgabe),
- die Vereinfachung und vor allem die **Entdeckung der kostendeckenden**

Einspeisevergütung (KEV),

- sowie die **Verdoppelung des Gebäudeprogramms**.

Wichtigste Änderungsvorschläge der EVP

- Kernkraftwerke: Es muss eine **Laufzeitbeschränkung** für die bestehenden Kernkraftwerke definiert werden (maximale Laufzeit von z.B. 45 Jahren).
- Ziele: Die Produktions- und Verbrauchsziele sind ambitionierter und gemäss der Vision der **2000-Watt-Gesellschaft** zu formulieren (Art.2 und 4). Die Produktionsziele für fossil befeuerte WKK-Anlagen sind zu streichen (Art. 3).
- Gebäudebereich: Es fehlen konkrete Massnahmen und Zeitpläne für den **Ersatz von Elektroheizungen und Boilern**. Weiter sind **mietrechtliche Sanierungsanreize** zwingend, um die Sanierung von nicht selbst genutztem Wohneigentum zu fördern.
- Mobilität: Die EVP fordert eine **CO2-Abgabe auf Treibstoffen** (zwecks Effizienzsteigerung und Emissionsverminderung) und die **Streichung aller Fahrkosten- und Pendlerabzüge**.
- Rückerstattung Netzzuschlag: Das Instrument soll seinen industriepolitischen Charakter bewahren, **zurückhaltend eingesetzt** werden und nicht auf alle Grossverbraucher ausgedehnt werden (Art. 38).
- Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien in schutzwürdigen Gebieten: Eine **ausgewogene Abwägung zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen** muss möglich bleiben (Art. 14f).
- Photovoltaik: substantielle Erhöhung der **Kontingentierung** (Art. 20).
- Solarwärme: Die EVP fordert ein **nationales Förderprogramm für Solarthermieranlagen**. Es ist zu prüfen, inwiefern die vorgeschlagene **Einmalprämie für Photovoltaik-Kleinanlagen auf Solarwärme-Projekte** ausgeweitet werden kann (Art. 28f).
- WKK-Anlagen: keine Subventionierung von Anlagen, die mit fossilen Energien betrieben werden. Primär die **Wärmeverbundnetze fördern**, nicht die WKK-Anlagen selber. Diese sollen später von der tiefen Geothermie abgelöst werden können (Art. 31f).

Energieabkommen mit der EU: abhängig von einer Lösung der institutionellen Fragen

Der rasche Abschluss eines Energieabkommens mit der EU inkl. optimaler Anbindung ans europäische Übertragungsnetz ist in jeder Hinsicht wünschenswert. Es gilt jedoch zu akzeptieren, dass dieser Punkt von Abhängigkeiten beeinflusst wird, die ausserhalb der Energiestrategie liegen (Lösung der institutionellen Fragen).

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Energiewende ist nur mit einem etappierten Vorgehen zu bewältigen.

Die Aufteilung in eine erste Förderphase und eine zweite Lenkungsphase hat entscheidende Vorteile: 1. Um die Energiewende kurz- und mittelfristig anzustossen, sind die bestehenden Förderinstrumente geeignet. Solange im Energiesektor keine Kostenwahrheit herrscht, sind

zukunftsträchtige Technologien benachteiligt und Fördermassnahmen damit gerechtfertigt. Längerfristig soll das Fördersystem kontinuierlich abgebaut und durch ein Lenkungssystem ergänzt werden. 2. Dank der Etappierung kann heute rasch und unbürokratisch auf bereits etablierte Mechanismen (z.B. KEV) gesetzt werden.

Die Etappierung birgt jedoch auch eine grosse Gefahr. 2050 ist ein sehr langer Zeithorizont. Es besteht die Gefahr, dass unbequeme Massnahmen zu lange hinausgezögert werden. Insbesondere die Lenkungsabgaben auf Strom und Treibstoff müssen jetzt eingeführt werden.

Grundsätzliche Bemerkungen zum ersten Massnahmenpaket: Die EVP stört sich sehr an der Bemerkung im erläuternden Bericht, mit dem ersten Massnahmenpaket sei das nachhaltig nutzbare Potenzial erneuerbarer Energien weitgehend erschlossen. Eine unnötige und sachlich nicht haltbare Festlegung.

Grundsätzliche Bemerkungen zur 2. Etappe: Die EVP begrüsst die längerfristige Verschmelzung von Klima- und Energiepolitik (Vereinfachung, Zusammenlegung der Instrumente, weitgehend identische Ziele). Es ist richtig, längerfristig vor allem auf Lenkungsmassnahmen zu setzen. Die EVP ist jedoch überzeugt, dass Förderinstrumente eine gewisse Berechtigung behalten werden. Eine totale Ablösung ist nicht zwingend. Hingegen ist es für die politische Glaubwürdigkeit und Akzeptanz von grosser Bedeutung, dass Förder- und Lenkungsinstrumente und die entsprechenden Geldströme auseinandergehalten werden. Vor allem dürfen Lenkungs- nie schleichend zu Förderinstrumenten werden.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der Atomausstieg geschieht an der Steckdose. Ausstieg und Energiewende sind nicht zu trennen. Es ist richtig, den Atomausstieg im Rahmen einer Gesamtenergiestrategie zu verfolgen. **Die Schwächen unserer heutigen Energieversorgung gehen aber weit über die Atomfrage hinaus.** Heute importiert die Schweiz über 70% des Gesamtenergiebedarfs in Form von Erdöl, Gas und Uran aus politisch wenig stabilen Ländern zu kaum vorhersehbaren Preisen und mit äusserst geringer Wertschöpfung. Von der fehlenden Nachhaltigkeit wegen der Nichterneuerbarkeit dieser Energieträger ganz zu schweigen. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind deshalb unabhängig vom Atomausstieg zu begrüssen und umzusetzen.

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?
Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP befürwortet die obige Bestimmung nicht nur aufgrund der offensichtlichen Risiken der Kerntechnologie, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Eine Vollkostenrechnung inkl. Haftpflicht, Versicherung eines Unfalls mit hoher Freisetzung von Radioaktivität, Stilllegung, Rückbau und Endlagerung würde zu einer markanten Preiserhöhung des Stroms aus KKW führen. Werden weiter die steigenden Sicherheitsanforderungen für KKW berücksichtigt, sind diese in Zukunft nicht mehr wettbewerbsfähig.

Hingegen muss im Kernenergiegesetz zwingend eine maximale Laufzeit definiert werden.

1. Mit geregelten Laufzeiten wird nicht das Ziel verfolgt, möglichst kurze Laufzeiten festzusetzen. Sondern es geht um die nötige Planungssicherheit, damit alle Akteure optimale Investitionsentscheide fällen können. Weiter können mit fixen Laufzeiten überhastete (Not-) Abschaltungen vermieden werden (z.B. infolge eines plötzlich auftauchenden Sicherheitsproblems). Nur ein klares Abschaltdatum ermöglicht es, die Stilllegung und den Rückbau sorgfältig und früh genug zu planen.
2. Ohne verbindlich festgelegte Laufzeiten fehlt es an Handlungsdruck und es besteht die Gefahr, dass zu lange abgewartet wird mit den Ersatzinvestitionen in erneuerbare Energien und den Netzausbau.
3. Die EVP vertraut dem ENSI und seiner Arbeit. Doch die Gefahr einer scheibchenweisen Verlängerung der Laufzeit ist zu gross. Die maximale Laufzeit muss politisch definiert werden. Dies auch zum Schutz des ENSI.
4. Die EVP erachtet eine maximale Laufzeit von 45 Jahren als angemessen.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP begrüsst es, dass Ziele für die Produktion erneuerbaren Stroms und für den Verbrauch gesetzlich festgelegt werden. **Allerdings sind die Ziele zu bescheiden. Sie müssen mit der Vision der 2000-Watt-Gesellschaft übereinstimmen.**

Im Zusammenhang mit den festgelegten Zielen warnt die EVP **vor einem falschen Rollenverständnis des Bundes**: Die Politik darf den Betreibern nicht vorschreiben, welche Anlagen sie zu bauen haben (Gaskombikraftwerke, WKK-Anlagen von dieser oder jener Grösse), sondern muss sich auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen konzentrieren, damit im Markt jener Strommix angeboten wird, welcher die politisch begründeten Ziele

möglichst erreicht. Es geht also weniger darum, Zubauziele für einzelne Technologien festzulegen (auch wenn es natürlich richtig ist, dass die Verwaltung intern mit entsprechenden Pfaden arbeitet), sondern um die nötigen Rahmenbedingungen für erstens mehr Energieeffizienz und –suffizienz und zweitens die Substitution von nicht erneuerbaren durch erneuerbare Energien.

Artikel 2: Die Zwischenziele für den Ausbau der Elektrizität aus erneuerbaren Energien müssen deutlich über den Ausbau hinausgehen, der heute im Rahmen der KEV erwartet werden kann. Die vom Bund vorgeschlagenen Ziele unterschätzen unseres Erachtens das Potenzial der Photovoltaik und der Windkraft für eine wirtschaftliche Stromproduktion. Vor allem auch die Solarthermie wird deutlich unter Wert geschlagen.

Artikel 3 ist ersatzlos zu streichen. Es braucht kein Ausbauziel für fossile WKK-Anlagen.

Artikel 4: Die Verbrauchsziele in Artikel 4 müssen ambitionierter und klarer formuliert werden („werden erreicht“ statt „werden angestrebt“). In Abs. 2 soll der Elektrizitätsverbrauch in Übereinstimmung mit der Zielsetzung im Szenario „Neue Energiepolitik“ auf maximal 55 TWh im 2035, bzw. 53 TWh im 2050 spezifiziert werden.

Bei **Nichterreichung der Zwischenziele** müssen Massnahmen vorgesehen werden, z.B. die vorzeitige Einführung einer Lenkungsabgabe oder deren Verschärfung. Die gesetzlich festgelegten Werte müssen als Minimal- (erneuerbare Produktion, im Text so umgesetzt) bzw. Maximalziele (Energieverbrauch, im Text nicht umgesetzt) verstanden werden.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Ein effizienter Gebäudepark ist (neben der Mobilitätsfrage) der zentrale Erfolgsfaktor für das Erreichen eines tieferen Gesamtenergieverbrauchs und damit auch für das Gelingen von Klimapolitik und Energiewende.** Es ist deshalb äusserst wichtig, die dazu notwendigen Sanierungsraten durch genügend grosse Anreize sicherzustellen. Die EVP unterstützt die Aufstockung des Gebäudeprogramms, erachtet 600 Millionen pro Jahr jedoch als ungenügend. Mit der Erhöhung der Mittel soll auch eine Priorisierung der Massnahmen eingeführt werden (Sanierung der Gebäudehülle vor Massnahmen bezüglich Heizungsinstallation mit Ausnahme des Ersatzes von Widerstandsheizungen). Auch beim Gebäudeprogramm ist der Solarthermie eine zentrale Rolle beizumessen.

Mittelfristig muss das Programm zusätzliche Anreize für die Sanierung von Liegenschaften im Stockwerkseigentum beinhalten. Auch **Vermieter müssen ausreichend Anreize für energetische Sanierungen** haben (z.B. über eine Plafonierung der Heiz- und Nebenkosten).

Gleichzeitig sollen durch eine **Erhöhung der CO₂-Abgabe** die Anreize für eine Gebäudesanierung erhöht werden. Dies dient auch der Erreichung des gesetzlich festgelegten Reduktionsziels von minus 20% bis 2020.

Die EVP ist mit der Befristung des Gebäudeprogramms bis 2020 einverstanden. Bis dann muss die Lenkungsabgabe so hoch sein, dass sie einen ausreichenden Anreiz für eine hohe Sanierungsrate setzt. Die Befristung der Fördermassnahme hat den Vorteil, dass Gebäudeeigentümer zum raschen Handeln angeregt werden und untätiges Abwarten nicht belohnt wird.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1)
☒ Variante 2 (CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2)
☐ Keine der beiden Varianten
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP hegt grosse Sympathien für die in Variante 1 vorgezeichnete Zusammenlegung der nationalen und kantonalen Programme (schwierige Abgrenzung zwischen den Programmen wird hinfällig, klare Zuständigkeiten). Sie erachtet es aber als ungenügend, bloss davon auszugehen, dass die Kantone ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Mittel entsprechend aufstocken werden. Die EVP bevorzugt deshalb Variante 2 mit einer direkten Finanzierung des Gebäudeprogramms.

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinqies} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

- ☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP ist einverstanden damit, dass energetische Sanierungskosten über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, sofern gewisse Mindeststandards durch die Sanierung erreicht werden. Heute ist der „Mitnahmeeffekt“ durch energetisch unzulängliche Sanierungen zu gross.

Fehlende Massnahmen im Gebäudebereich

- *Es müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit in allen Kantonen keine elektrischen Widerstandsheizungen mehr installiert werden dürfen.*
- *Es fehlen mietrechtliche Sanierungsanreize: z.B. sollen Vermieter die Heizkosten nicht mehr vollumfänglich weiterverrechnen dürfen, sofern das Gebäude einen Mindesteffizienzstandard nicht einhält.*

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?
CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP begrüsst eine Verschärfung der Emissionswerte von Neuwagen im Einklang mit den in der EU geltenden Vorschriften. **Allerdings ist zu prüfen, ob das Ziel von durchschnittlich 95g CO₂/km bis 2020 nicht zu bescheiden ist.** Die EVP unterstützt weiter alle Bonus-Malus-Modelle, welche innerhalb der Verbrauchsvorschriften eine Verlagerung zu den verbrauchsärmeren Modellen bewirken. Weiter ist mit den CO₂-Vorschriften die Energieeffizienz nur indirekt angesprochen. Es ist zu prüfen, inwiefern sie mit direkten Verbrauchsvorschriften zu ergänzen sind. Spätestens ab 2020 muss die CO₂-Abgabe auch auf dem Treibstoff erhoben werden, besser aber bereits früher. Anders sind die CO₂-Reduktionsziele nicht zu erreichen.

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Bemerkungen analog zu Frage 9 (Zielwerte entsprechen ebenfalls den EU-Vorschriften, sind aber ev. zu bescheiden).

Fehlende Massnahmen im Bereich Mobilität

Im Mobilitätsbereich sind zwingend ein geringeres Verkehrswachstum, eine höhere Effizienz des Verkehrssystems, mehr Elektromobilität und eine verstärkte Verlagerung von Personen und Gütern auf den öffentlichen Verkehr anzustreben. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind hierzu ungenügend. Es fehlen Instrumente, die direkt zu einer Effizienzsteigerung und Emissionsverminderung beitragen. Die Reduktion der Mobilitätsnachfrage wird gemäss erläuterndem Bericht mit dem ersten Massnahmenpaket bewusst nicht angegangen. Die EVP erachtet dieses Vorgehen als verfehlt. Sie verlangt deshalb:

- *Einführung einer **CO2-Abgabe auf Treibstoffen**. Im Gegensatz zu den Sektoren Gebäude und Industrie ist der Verkehr bisher verschont geblieben. Er muss jetzt auch einen Beitrag zur Energieeffizienz leisten.*
- ***Streichung sämtlicher Fahrkosten- und Pendlerabzüge** (in der Steuererklärung)*
- *raumplanerische Massnahmen zur Vermeidung einer wachsenden Mobilitätsnachfrage*
- *längerfristig die Einführung eines nutzungsabhängigen Systems zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur (Mobility-Pricing).*

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP unterstützt diese Neuerung mit Nachdruck. Heute steigt der Gewinn der EW mit der Menge des verkauften Stroms. Sie haben also einen Anreiz, möglichst viel Strom zu verkaufen. Grossbezüger erhalten sogar Rabatt. Mit dem „Decoupling“ (Entkoppelung von Stromverkauf und Finanzumsatz) werden die EW dazu verpflichtet, Effizienzziele einzuhalten. Einzelne US-Staaten (Kalifornien, New York, Maryland) haben mit dem Modell sehr positive Erfahrungen gemacht und namhafte Reduktionen des Stromverbrauchs erzielen können. Bei der Umsetzung ist allerdings auf eine möglichst einfache Lösung zu achten. Das System der weissen Zertifikate scheint relativ kompliziert. Insbesondere teilt die EVP gewisse Befürchtungen, inwiefern dieser Vorschlag in einem liberalisierten Strommarkt umgesetzt werden kann. Ev. müssen statt den Energielieferanten die Netzbetreiber in die Pflicht genommen werden.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP kann sich mit dieser Offenlegungspflicht einverstanden erklären. Allerdings müssen die Grundsätze des Datenschutzes eingehalten werden, das Geschäftsgeheimnis gewahrt bleiben und der administrative Aufwand für die betroffenen Unternehmen möglichst gering sein.

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP ist mit der Ausweitung einverstanden, regt aber an, dass mindestens zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel weiterhin für Effizienzprojekte verwendet werden sollen. Weiter soll die Aufstockung ab sofort geschehen und nicht erst zwischen 2025 und 2030.

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP kann nachvollziehen, dass mit dieser Massnahme eine grosse Zahl von Endverbrauchern in das System der Effizienzverträge eingebunden werden könnte. Das ist jedoch nicht das Ziel dieses Instrumentes. Mit den Effizienzvereinbarungen sollen vor allem Grossverbraucher in der Industrie geschützt werden, die andernfalls international zu sehr an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen würden. Die vorgeschlagene Grenze von 0,5 GWh pro Jahr schliesst jedoch auch grosse Dienstleister und deren Rechenzentren mit ein, obwohl die oben erwähnten Gründe für diese Firmen nicht gelten. **Generell unterlaufen und schwächen Vereinbarungen die angepeilten Lenkungsmaßnahmen** (ökologische Steuerreform). Die Befreiungen müssen deshalb äusserst zurückhaltend eingesetzt werden und nur dort, wo es die internationale Wettbewerbssituation absolut unvermeidlich macht.

Für stromintensive Industrieunternehmen sind hingegen Ausnahmeregelungen in einer

Übergangszeit gerechtfertigt, damit diese Firmen international nicht zu sehr benachteiligt werden. Eine Gegenleistung in Form der Einhaltung von Stromeffizienz- und CO₂-Reduktionszielen ist aber absolut zwingend. Dabei dürfen First-Mover nicht benachteiligt werden. Als Kriterium für die Entlastung von der KEV soll nicht eine feste Verbrauchsgrösse dienen, sondern z.B. der Anteil der Energiekosten am Umsatz. Schliesslich würden durch die vorgeschlagene Massnahme die Beiträge von rund 5000 Firmen an die KEV fehlen. Die Fördermittel für die erneuerbaren Energien müssten weitgehend durch Kleinverbraucher und die privaten Haushalte finanziert werden, was sachlich nicht gerechtfertigt ist.

Fehlende Massnahmen im Bereich Energieeffizienz

Die EVP fordert die Einführung einer Stromlenkungsabgabe. Nur so wird der Stromeffizienz genügend Gewicht verliehen. Es gibt keinen Grund, auf die 2. Etappe und die dann in Aussicht gestellte Zusammenfassung aller Lenkungsabgaben zu einer allgemeinen Energieabgabe (ökologische Steuerreform) zu warten. Die Stromlenkungsabgabe bildet einen Anreiz für Haushalte und die Wirtschaft zur Umsetzung von Effizienz- und Sparmassnahmen bei vergleichsweise geringen Transaktionskosten. Ihre Einführung ist problemlos und ohne Verfassungsänderung möglich. Damit sich die Konsument/-innen und die Wirtschaft auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen können, ist eine stufenweise Einführung zwingend. Auch deshalb ist eine rasche Einführung notwendig. Andernfalls müssen die Stufen später zu rasch angehoben werden.

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP begrüsst das vorgeschlagene Vorgehen um einer integralen Sicht der verfügbaren Energiepotenziale willen. Das nationale Interesse an einer zuverlässigen Energieversorgung sprechen für eine gemeinsame Planung von Bund und Kantonen. Frühzeitige Planungsschritte erhöhen die Investitionssicherheit.

Allerdings ist darauf zu achten, dass die gemeinsame Planung nicht zu einer administrativen Mehrbelastung führt. Die Planungs- und Bewilligungsverfahren müssen – wie im Entwurf durch verschiedene Massnahmen vorgesehen – vereinfacht und beschleunigt werden.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Gerade für die genannten Energiequellen ist eine kantonsübergreifende Planung notwendig und zweckmässig. Die kantonalen Richtpläne müssen an Gewicht gewinnen, damit die ausgeschiedenen Standorte mit hoher Wahrscheinlichkeit realisiert werden können. Ev. muss ein Vorgehen festgelegt werden, wie die in den Richtplänen festgelegten Gebiete entsprechend in den kommunalen Zonenplänen und Bauordnungen zu berücksichtigen sind.

Laut Art. 12 EnG kann das UVEK die Planung für Kantone übernehmen, welche die Ausbauziele nicht in der gesetzten Frist in den Richtplan aufnehmen. Ebenso müssen die Kantone die Planung für die Gemeinden übernehmen können, welche die Nutzungsplanung nicht rasch genug in Angriff nehmen.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesses statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **In dieser Form bedeuten die Artikel 14 und 15 eine Blankovollmacht zur Erstellung von neuen Anlagen. Sie verunmöglichen eine ausgewogene Interessenabwägung.** Die EVP ist sich bewusst, dass Ausbau und Nutzung der erneuerbaren Energien Kompromisse erfordern bezüglich Landschafts- und Umweltschutz und sie ist auch bereit, diese Kompromisse mitzutragen. Dazu ist aber der Nachweis erforderlich, dass bedeutende Potentiale realisiert werden können, die anders nicht realisiert werden könnten und dass der Eingriff in schutzwürdige Gebiete vertretbar ist.

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP unterstützt die vorgeschlagene Eigenverbrauchsregelung. Die dezentrale Produktion mit teilweisem Eigenverbrauch hat zweifelsohne viele Vorteile, führt jedoch dazu, dass ausreichend dimensionierte Verteilnetze ständig verfügbar sein müssen, jedoch nur fallweise genutzt werden (und auch nur dann entschädigt werden). Langfristig

muss deshalb für das Netz eine tragbare Lösung gefunden werden, an der sich Produzenten und Verbraucher gemäss ihrem Bedarf und den von ihnen verursachten Kosten beteiligen. Die Verteilnetzbetreiber müssen für die Kapazitätsvorhaltung (Netzanschluss, Ausgleichsenergie, lokale Speicher) entschädigt werden.

Weiter müssen Anreize für die dezentrale Speicherung geschaffen werden, um die unterschiedlichen Produktions- und Verbrauchsspitzen der erneuerbaren Energien im Tagesverlauf ausgleichen zu können. Kleine, dezentrale und schnelle Speicher sind dazu von grösster Wichtigkeit. Nur so ist ein Ausbau der Photovoltaik überhaupt möglich und sinnvoll. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass es für Private attraktiv ist, in dezentrale Speicher zu investieren. Die Erträge der Investoren müssen grösser sein, wenn sie in der Lage sind, den Strom dann einzuspeisen, wenn er benötigt wird.

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP ist mit dieser Einschränkung der KEV-berechtigten Anlagen einverstanden. Die erwähnten Infrastrukturanlagen sind meist im Besitz der öffentlichen Hand und haben den Auftrag über verursachergerechte Entsorgungsgebühren kostendeckend zu wirtschaften. Eine finanzielle Förderung der Stromproduktion ist deshalb nicht angezeigt. **Die Energiepotentiale der Kehrichtverbrennungs- und Klärgasanlagen gilt es aber unbedingt zu nutzen.**

Bei Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffe nutzen, dürfte es sich vorwiegend um mittlere bis grössere Anlagen handeln, deren Wirtschaftlichkeit unabhängig von den KEV-Geldern gegeben sein muss und deren Förderung klimapolitisch nicht erwünscht ist. Hingegen ist sicherzustellen, dass ihr Beitrag zur Netzstabilität angemessen entschädigt wird und sie sich gegebenenfalls dadurch ausreichend refinanzieren können.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Eine Begrenzung der Mittel für die Photovoltaik ist richtig, der vorgeschlagene Richtwert von 600 GWh für 2020 ist jedoch zu tief.** Zu hohe oder unbegrenzte Mittel für die Photovoltaik würden zu einem ineffizienten Zubau und zu hohen langfristigen Finanzierungsverpflichtungen führen. Der vorgeschlagene Subventionsdeckel ist jedoch zu tief angesetzt und unterschreitet sogar die Zubauziele, die bereits mit der aktuellen KEV voraussichtlich erreicht werden können. Das ist ein Unsinn. Die Begrenzung von 600 GWh für das Jahr 2020 ist so zu erhöhen, dass ein organisches Wachstum der Branche gewährleistet werden kann. **Für 2020 soll eine installierte Leistung von 2GW und ein jährlicher Zubau von 500MW angestrebt werden.** Dies entspräche dem Dreifachen der vom Bund vorgeschlagenen Produktion. Das Kontingent für die Photovoltaik muss entsprechend vergrössert werden.

Die EVP will einen sinnvollen Ausbau der Photovoltaik. Hingegen gilt es ein Überschiessen zu vermeiden. Je mehr Photovoltaik-Anlagen installiert werden, desto grössere Ansprüche werden an das Stromnetz gestellt, was kostenintensive Ausbaumassnahmen nötig macht. Bereits heute gibt es beispielsweise in Deutschland temporäre Leistungsspitzen von Solar- und Windstromanlagen, welche die Energieversorger vor grosse Probleme stellen. Eine Dekontingentierung der Photovoltaik rechtfertigt sich erst, wenn entsprechende Speichertechnologien in ausreichender Kapazität verfügbar sind. Die EVP unterstützt deshalb den Ausbau der Pumpspeicherwerke in den Alpen. An sonnenintensiven Tagen wären jedoch auch diese Speicherkapazitäten komplett überfordert.

Heute wird Solarstrom gefördert, Solarwärme jedoch nicht. Das ist eine Wettbewerbsverzerrung, die zwangsläufig zu ineffizienten Resultaten führt. Dächer von Ein- und Mehrfamilienhäusern sollten sinnvollerweise für die Produktion von Solarwärme genutzt werden, welche an Ort und Stelle verbraucht wird, mit einem lokalen Energiespeicher kombiniert werden kann und die Ablösung von konventioneller Heizenergie (Öl) ermöglicht. Für die Installation von Solarstromanlagen sind hingegen Flächen prädestiniert, in deren Nähe keine Solarwärmenutzung möglich ist, bzw. bei denen noch genügend Platz für die Solarwärmenutzung übrig bleibt (z.B. Dächer von Industriebauten, Dächer von Bauernhäusern oder anderer Nutzbauten, Kunstbauten entlang von Strassen, etc.). **Die EVP schlägt deshalb vor, dass Photovoltaikanlagen auf Wohnbauten nur dann gefördert werden, wenn eine angemessene Solarwärmanlage bereits vorhanden ist oder gleichzeitig installiert wird.**

Wir sind in Zukunft auf jede erneuerbare Energiequelle angewiesen. Weil in der Schweiz rund 40% des gesamten Energiebedarfs auf Heizung und Warmwasser entfallen, müssen verbrauchsnahe Produktionsflächen (sprich Dachteile von Wohnbauten) für Solarwärme freigehalten werden. Zum Ausbau der Solarstromnutzung müssen zwingend rechtzeitig die nötigen Ausgleichsmöglichkeiten (z.B. Pumpspeicherkraftwerke) geschaffen sowie die Netzkapazitäten verstärkt und intelligenter steuerbar werden. So kann die Photovoltaik einen bedeutenden Beitrag an die Energieversorgung leisten.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Ja, sofern damit eine Beschleunigung der Verfahren und eine Vereinfachung des Vollzugs erreicht werden kann. Im Übrigen ist es Sache der Verwaltung, sich möglichst effizient zu organisieren.

Weitere wichtige Bemerkungen zum Einspeisevergütungssystem

Die EVP lehnt die Bestimmung der Vergütungssätze durch Auktionen ab und beantragt deshalb die Streichung der Artikel 22-25. Solange die Vollkostenrechnung noch ungenügend durchgesetzt ist, kann durch diesen Mechanismus nicht sichergestellt werden, dass auch wirklich die aus volkswirtschaftlicher Sicht wünschenswerten Projekte umgesetzt werden.

Hingegen unterstützt die EVP die angestrebte Verkürzung der Vergütungsdauer auf 15-20 Jahre. Insbesondere bei Solaranlagen sind 25 Jahre nicht angebracht, weil sich die technischen Effizienzpotenziale noch stark ändern können.

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Eine Verschlinkung des KEV-Systems durch eine Ausrichtung auf grosse Anlagen ist in Kombination mit der Eigenverbrauchsregelung sinnvoll. Heute sind sehr viele KEV-Gesuche für Photovoltaik-Anlagen von privaten Hausbesitzern hängig. Die einmalige Investitionshilfe kann unter Umständen mehr bewirken als die Einspeisevergütung. **Die Fördergelder sollten jedoch dort eingesetzt werden, wo sie am meisten bewirken können.** Eine übermässige Konkurrenzierung der KEV-Anlagen durch die Einmalvergütungen (weil die Kontingentierung für beide Förderkategorien gilt), muss unbedingt vermieden werden.

Grundsätzlich sollten Solarstrom und Solarwärme gleich behandelt werden. Heute werden im Rahmen der KEV nur Solarstrom-Projekte gefördert, nicht aber die Solarwärme. Das ist eine ungerechtfertigte Verzerrung, die zwangsläufig zu Ineffizienzen führt. Es ist deshalb zu prüfen, inwiefern die Einmalprämien nicht nur für PV-Projekte, sondern auch für Solarwärme-Projekte gewährt werden könnte. Vom Netzbetrieb her ist es sogar sinnvoller und insgesamt effizienter, wenn auf privaten Hausdächern vor allem die Solarwärme genutzt wird und damit Boilerstrom und konventionelle Heizenergie eingespart wird, Elektrizität aus erneuerbaren Quellen jedoch vor allem in mittleren bis grösseren Anlagen produziert wird. Das Fördersystem muss diesen Aspekten unbedingt Rechnung tragen. Die heutige Ausklammerung der Solarwärme ist sachlich nicht gerechtfertigt.

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

- ☒ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen: Die einmalige Investitionshilfe wird vermutlich mehr Projekte auslösen können als das Net Metering. Sie wird deshalb von der EVP bevorzugt. Für die EVP steht indessen ausser Frage, dass auch für PV-Anlagen mit einer Leistung unter 10kW eine Möglichkeit bestehen muss, mit der sie ans Stromnetz angeschlossen werden können. Wenn Einmalvergütung und Net Metering als Alternative gegenübergestellt werden, ist uns nicht ganz klar, wie die Besitzer kleiner PV-Anlagen für den produzierten Strom entschädigt werden sollen. Die EVP geht davon aus, dass sie ungeachtet der Investitionshilfe in Form der Einmalvergütung für den anschliessend produzierten Strom direkt von den Elektrizitätswerken zu Marktpreisen entschädigt werden. Dies erschien uns richtig.

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

- ☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Aus Fairnessgründen sollte aber für Anlagen, die in der Erwartung der KEV bereits gebaut worden sind, Wahlfreiheit bestehen.

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

- ☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: **Die EVP erachtet die Entfernung des Gesamt- und der Teildeckel als absolut zwingend für einen zügigen und nachhaltigen Umbau des Energiesystems.** Die Angst vor ausufernden Förderbeiträgen ist unbegründet. Mit der zunehmenden Konkurrenzfähigkeit

der erneuerbaren Energien wird die Bedeutung der KEV ohnehin abnehmen.

Fehlende Massnahmen im Bereich erneuerbare Energien

Die EVP unterstützt die Fokussierung auf einige wenige zentrale Instrumente. Die Förderung der erneuerbaren Energien beschränkt sich jedoch zu stark auf die Stromproduktion und die KEV. Solarwärme und ungenutzte Abwärmepotentiale z.B. von Industriebetrieben müssen aber ebenso genutzt und gefördert werden, z.B. durch die Unterstützung von Fernwärmenetzen.

Grundsätzlich sollen Solarstrom und Solarwärme gleich behandelt werden. Die EVP fordert deshalb ein nationales Förderprogramm für Solarthermieranlagen oder alternativ die Bedingung, dass Photovoltaikanlagen auf Wohnbauten nur dann gefördert werden, wenn eine angemessene Solarwärmanlage für Warmwasser/Heizung bereits vorhanden ist oder gleichzeitig installiert wird.

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP unterstützt den Ausbau von WKK-Anlagen unter gewissen Bedingungen. Mit der vorgeschlagenen Förderung analog zur KEV wird aber die Einhaltung der Klimaziele unnötig gefährdet. Auf diese Weise wird ein exklusives Fördersystem für fossile Energieträger geschaffen. Das widerspricht dem Energieartikel in der Verfassung. **Die EVP beantragt deshalb, die Artikel 31 und 32 ersatzlos zu streichen.** Der vorgesehene Kostendeckel würde bedeuten, dass in den kommenden 15 Jahren mehr Geld in die fossile Stromerzeugung aus WKK fliessen soll als in die Solarstromerzeugung. Das ist widersinnig.

Um die Stromversorgung im Winter sicherzustellen, unterstützt die EVP einen gewissen Ausbau von WKK-Anlagen, zumal diese einen hohen Wirkungsgrad aufweisen. Sie machen Sinn in dicht besiedelten Gebieten in Städten, die weder durch Wärmepumpen beheizt, noch umfassend saniert werden können. **Sinnvoller als die direkte Unterstützung von WKK-Anlagen ist aber die finanzielle Förderung von Fernwärmenetzen.** Diese können die benötigte Wärme durchaus von WKK-Anlagen beziehen, aber auch die Abwärme von Industriebetrieben nutzen, bzw. später durch die Geothermie gespiesen werden. Die Wärmequelle selber soll aber nicht subventioniert werden. So werden die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Geothermie verbessert.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP unterstützt das vorgeschlagene Fördersystem für WKK-Anlagen nicht.

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP unterstützt das vorgeschlagene Fördersystem für WKK-Anlagen nicht. Sollte es in dieser Form eingeführt werden, ist die EVP mit der Kompensationspflicht, verbunden mit der Befreiung von der CO₂-Abgabe, einverstanden.

29. Welche alternativen Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

Die EVP unterstützt

- die **Förderung von Wärmeverbunden**, z.B. durch eine Anschubfinanzierung, da rentable Anschlussdichten meist erst mittelfristig erreicht werden können,
- Förderung jener Gas-WKK, welche mit erneuerbaren Energien produzieren,
- **Förderung von Speichervolumen**: Wenn die WKK in der Lage sind, die Wärme im Stundenbereich zwischenzuspeichern und dann zu produzieren, wenn Strom benötigt wird (d.h. wenn sie ihre Produktionszeiten nach dem Strombedarf ausrichten können und nicht nach dem Wärmebedarf ausrichten müssen), ergibt das eine Entlastung des Netzes. Dies soll entschädigt werden.
- eine **Verstromungspflicht** aber einer gewissen Gesamtfeuerungsleistung. Das Ziel ist, dass fossile Grossfeuerungen entweder durch erneuerbare WKK ersetzt oder auf andere erneuerbare Energieträger umgestellt werden.
- **Gleichbehandlung von Importstrom** je nach Herkunft (Verhinderung einer Marktverzerrung durch deutschen Kohlestrom mit günstiger EU-ETS-Befreiung) bzw. Belastung von importiertem Strom aus nicht erneuerbaren Quellen mit der schweizerischen CO₂-Abgabe.

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP begrüsst eine beschleunigte Erneuerung der Netzinfrastruktur zur Sicherstellung einer dezentralen und intelligenten Stromversorgung. Dabei gilt es, das Schweizer Stromnetz einerseits optimal ins europäische Netz einzubinden und andererseits für die Aufnahme und Regelung von vielen dezentralen Kleinkraftwerken bereit zu machen. (Smart Grid).

Die EVP schlägt indessen vor, dass sich die **Verfahrensbeschleunigung auf Projekte beschränkt, welche den Leitlinien zur Weiterentwicklung der Stromnetze** folgen, wie sie in der Strategie Stromnetze festgelegt werden. Die notwendige Akzeptanz für den Netzausbau kann nur erreicht werden, wenn der Gesetzgeber den Bedarf für die breite Öffentlichkeit nachvollziehbar begründet.

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die EVP unterstützt die rasche Einführung intelligenter Stromzähler, die nicht nur intelligent messen, sondern vor allem auch steuern können müssen. Allerdings scheint eine Verpflichtung zur flächendeckenden Einführung heute überstürzt. Damit werden grosse Beträge gebunden, die für den Ausbau der Produktions-, Speicher- und Netzkapazitäten fehlen. Die EVP empfiehlt deshalb eine Verpflichtung zur Einführung von intelligenten Messsystemen überall dort, wo Strom eingespiessen wird, bzw. in jenen Netzzellen mit einem hohen Anteil an unregelmässig anfallender Energie. Die Konsument/-innen müssen zudem einen Nutzen davon haben und von der Lastgangsteuerung auch finanziell profitieren können. Dazu muss den Netzbetreibern eine Effizienzverpflichtung und entsprechende Tarifmodelle vorgegeben werden.